

Fluglärmenschutz: Jetzt steht Bayern an Freilassings Seite

Verkehrsminister Bernreiter forciert Besprechung mit Österreich – Bundesverkehrsminister Wissing involviert – Oestreich dankt Kaniber

Von Sebastian Lippert

Freilassing. Superlative sind selten das Mittel seiner Wahl, aber bei diesem Thema kommt Markus Hiebl nicht drumrum. Also sagt er: „Der Fluglärm ist die härteste Nuss seit Jahrzehnten, die Freilassing zu knacken hat.“ Dem Bürgermeister gegenüber sitzen im Rathaussaal etwa 50 Mitglieder des Fluglärmenschutzverbands Rupertiwinkel. Viele haben sich an dieser Nuss die Zähne ausgebissen, die Schale rund um den Airport Salzburg hält viel aus. Doch wie lange noch? Der Fluglärmenschutzverband Rupertiwinkel feiert kleine Erfolge in seiner Nussknackerkarriere und hat sich ein politisches Schwergewicht als Unterstützer gesichert: den bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU).

Der Fluglärmverband fordert vom Airport Salzburg und der AustroControl weiterhin, dass sich das Nord-Süd-Verhältnis der An- und Abflüge austariert, zugunsten des Nordens und zulasten des Südens. Tatsache ist bekanntermaßen anderes: Oft weit über 80 Prozent aller Starts und Landungen erfolgen über den Norden, also deutsches Gebiet: Das allermeiste vom Geld bleibt in Salzburg, das allermeiste vom Lärm aber in Bayern.

Nur an den meistfrequentierten Tagen, den Winter-Samstagen, da geht's plötzlich anders: Dann landen oder starten schon vier von zehn Maschinen aus oder in Süd-Richtung. „Was an Winter-Samstagen möglich ist, muss doch auch unter der Woche möglich sein“, fordert Bettina Oestreich. Den rechtlichen Rahmen könnten ein Pistennutzungskonzept oder eine Durchführungsverordnung abstecken. Zwei Konzepte liegen vor, werden aber nicht umgesetzt – weil die Salzburger ablehnen.

Bettina Oestreich, die 1. Vorsitzende des Fluglärmenschutzverbands, verbucht die Tages-Quoten mit mehr als 30 Prozent Süd-Lastung trotzdem als kleinen Er-

folg des Fluglärmverbands. Ihre Interpretation ist auch als Signal an die Vereinsmitglieder zu verstehen, denn zwei langjährige Weggefährten waren mangels Erfolgsaussichten ausgetreten. Zitat aus einem der Kündigungsschreiben: „Keine Expertenmeinung, keine Flugbewegungsstatistik, keine Demonstrationen: Nichts überzeugt die Personen an entsprechender Stelle davon, (...) irgendetwas zu ändern.“

In ihrem Vortrag zeigt Bettina Oestreich dann auf, warum das Ankämpfen sich dennoch lohnt. Sie präsentiert etliche Kennzahlen, dazu ein Video einer „gefährlichen“ Landung bei 25 km/h Rückenwind und deckt 58 Betriebszeitenüberschreitungen auf, die der Flughafen den deutschen Nachbarn zugemutet hatte. 58 klingt nicht nach viel, bedeutet aber, dass eine von sieben Nächten frühestens ab 23 Uhr kurzzeitig von Triebwerksschall begleitet wurde. Oft genug nach Mitternacht. Was Bettina Oestreich zur Schlussfolgerung führt: „Es ist [dem Airport] alles egal.“

Da sei es umso wichtiger, dass die Staatsregierung die Sorgen des Fluglärmverbands endlich ernst nähme. Landrat Bernhard Kern und die Bürgermeister betroffener Gemeinden hatten zuvor einen Brief des Schutzverbands an Ministerpräsident Markus Söder unterzeichnet, wofür Oestreich ihnen dankt. Von Söder kam zwar nichts, aber in der Folge habe sich besonders Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber des Themas angenommen, ein Treffen in München arrangiert und bei ihrem Kabinettskollegen Christian Bernreiter fürs Anliegen der BGL-Kommunen geworben. Das überparteiliche Engagement stellte Oestreich (FWG Heimatliste) mehrmals heraus.

Offensichtlich mit Erfolg: Der bayerische Verkehrs- und Bauminister schrieb an Volker Wissing (FDP; siehe Kasten), den ersten Nicht-CSU-Bundesverkehrsminister seit Wolfgang Tie-



58 Mal hatten Bürger in Freilassing und Umgebung in 2023 schon die Gelegenheit, vom Fluglärm aus dem Bett geworfen zu werden. So oft überschritt der Airport Salzburg laut Fluglärmenschutzverband die Betriebszeiten, es wurde (teils weit) nach 23 Uhr gestartet oder gelandet und damit in jeder siebten Nacht. – Symbolbild: dpa

BERNREITER-BRIEF AN BUNDESVERKEHRSMINISTER

„Sehr geehrter Herr Bundesminister [Wissing],

die Region Berchtesgadener Land ist auf mich zugekommen, weil der Luftverkehr und der Fluglärm ausgehend vom Flughafen Salzburg nach der Coronapandemie wieder zugenommen hat. Deshalb sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um unter Beachtung einer sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs durch die Verteilung von An- und Abflügen Erleichterungen für die Bevölkerung in Bayern zu erreichen. [...] Ein von deutscher und österreichischer Seite eingesetzter ‚Technischer Ausschuss‘ bestätigte 2017 die technische Mach-

barkeit einer [...] Verlagerung von Flugbewegungen in den Süden des Flughafens [...]. Anschließend kam es jedoch zu Diskussionen über eine mögliche Umsetzung, sodass dieses Pistennutzungskonzept [...] nie zum Tragen kam. Im Juni 2019 wurde in Abstimmung mit den beiden zuständigen Bundesverkehrsministerien und AustroControl in Aussicht gestellt, darauf aufbauend ein Verkehrskonzept zu entwickeln [...]. Aufgrund der Coronapandemie wurde auch dieser Ansatz nicht weiterverfolgt. [...] Nach Zunahme des Luftverkehrs [...] muss die Thematik unbedingt wieder aufgegriffen werden. Deshalb sollte der Austausch der zuständigen Bundesver-

kehrsministerien auf deutscher und österreichischer Seite, wie im Staatsvertrag vorgesehen, wieder aufgenommen werden.

Ich fordere deshalb das Bundesverkehrsministerium nachdrücklich auf, rasch eine Besprechung auf Abteilungsleiterbene mit dem österreichischen Verkehrsministerium unter Beteiligung meines Hauses sowie weiterer Stellen, wie insbesondere den Flugsicherungsorganisationen, zu vereinbaren. Ausgehend davon sollten erneut Maßnahmen zum Lärmschutz, insbesondere zur Verbesserung der An- und Abflugsituation über deutschem Gebiet angegangen bzw. weiter vorangebracht werden.“

fensee (bis 2009). Weil die deutsche Seite weiterhin nicht entlastet werde, forderte er das Ministerium dazu auf, dass die Gespräche – wie im Staatsvertrag vorgesehen – wieder aufgenommen werden. Konkret ruft Bernreiter in dem Schreiben zu einer zeitnahen „Besprechung auf Abteilungsleiterbene“ mit dem österreichischen Verkehrsministerium unter Beteiligung seines Hauses sowie der Flugsicherungsorganisationen (unter anderem DFS und AustroControl) auf.

Einiges bewegt hat sich auch in der Fluglärmkommission. Dort hatte Markus Hiebl Staub aufgewirbelt. Freilassings Bürgermeister entfernte, kraft seines Amtes als 1. Vorsitzender der Kommission, jene Gäste aus der Runde, die zur Sache inhaltlich nichts beizutragen hatten. So wurde das, was vorher laut Teilnehmern ein „besseres Mittagessen“ gewesen sei, zu einer ernsthaften Debatte um Inhalte. Österreichische Anrainer-Gemeinden schlugen die Einladung übrigens aus, erzählt Hiebl noch. An der Stelle sei der Vollständigkeit halber angemerkt, dass auch die Freilassing Seite längst nicht mehr im Bürgerinnenbeirat des Flughafens Salzburgs (BBFS) sitzt; die Fronten sind verhärtet.

„Wir stehen zwischen zwei Staaten und sind abhängig von Ministerien“, weiß der Bürgermeister um die verzwickte Verhandlungslage. Einfacher wird sie auch dadurch nicht, dass 2024 die Gemeinderatswahlen in Salzburg anstehen. Man werde abseits all dessen dranbleiben und die „Ministerien weiter beschäftigen“, kündigt Hiebl an, der aus einer politischen Tatsache keinen Hehl macht: Nur wer lästig bleibt, kommt ans Ziel. Zum Abschluss dankt Hiebl dem Führungsduo des Fluglärmverbands, Bettina Oestreich und ihrem Stellvertreter Robert Judl, sowie dem Leiter des städtischen Ordnungsamtes Helmut Wimmer, der ihn bei der Aufarbeitung unterstützt.

„Wir haben etwas erreicht“, betont Bettina Oestreich: „Der Schriftverkehr wird konkreter – und man nimmt uns ernst.“